

Trans-Atlantisches Freihandelsabkommen (TAFTA) – die große Unterwerfung

Im Juli 2013 haben die ersten Verhandlungen zu diesem Abkommen begonnen, dass man in zwei Jahren unterschriftsreif haben will. Die Öffentlichkeit und die Medien sind ausgeschlossen, obwohl hier weitestreichend in die Rechte und die Lebensumstände der Bürger in den künftigen Mitgliedsländern eingegriffen werden soll.

Der Begriff der „Freihandelszone“ wird hier völlig missverständlich gebraucht, denn das, was die Befürworter für TAFTA im „Transatlantic Business Dialogue“ (TABD), der im Rahmen des Trans-Atlantic Council zwei mal jährlich tagt, planen, ist **die Ermöglichung des ungestörten Wildwuchses**. Bei den Treffen sind hochrangige Spitzenunternehmer und führende Manager von Großkonzernen aus den USA und aus Europa eingeladen.

Die Konzerne streben eine Zone an, in der sie frei handeln können, frei von nationalen Regeln und Begrenzungen, die errichtet wurden, um das jeweilige Land und seine Bürger vor Gefahren aller Art zu schützen. Die bestehenden Regeln werden als „Hindernisse“ angesehen, die man auf dem Wege des TAFTA auszuhebeln beabsichtigt, vorbei an demokratischen Entscheidungsprozessen und außerhalb der bestehenden Gesetze der Teilnehmerländer an der „Freihandelszone“.

Die Demokratischen Gesellschaften sollen praktisch entmachtet werden. Damit sollen den Großkonzernen mehr Rechte eingeräumt, als nationalen oder regionalen Regierungen und zwar praktisch unwiderruflich, da zum Widerruf Einstimmigkeit erforderlich wäre, die es nach Abschluss nicht mehr geben wird.

Die Wirtschaftskonzerne könnten dann praktisch jede unbequeme Regelung im Partnermarkt als „Wirtschaftshemmnis“ deklarieren und dagegen Klage erheben. Davon sind auch viele „nicht handelsbezogene“ Bereiche betroffen.

Es gibt bereits eine ganze Reihe von Schwerpunktthemen, die über TAFTA einer für die Konzerne gefälligen Lösung zugeführt werden sollen, ohne Mitsprachemöglichkeit der betroffenen Bürger:

Regierungen sollen gezwungen werden, auch solche Produkte und Dienstleistungen zuzulassen, die den jeweiligen einheimischen Standards nicht genügen
Standards, die dem öffentlichen Interesse dienen, sollen „gedeckelt“ werden
U.S.-Schweinemastfleisch mit verbotenen Wachstumshormonen soll zugelassen werden

U.S.-Genmais und andere Genmanipulierte Agrarprodukte sollen unbegrenzt zugelassen werden,

Anspruch auf Entschädigung für „indirekte Enteignung“ (wenn ein Staat durch neue Regelungen den Wert von Unternehmens-Investitionen verringert)
der europäische Datenschutz ist für U.S.-Gruppen störend, er sei zu weitgehend
Sicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln soll den U.S.-Standards entsprechen

Beseitigung des U.S.-Gesetzes zur Modernisierung der Lebensmittelsicherheit von 2011, das die U.S. Behörden ermächtigt, kontaminierte Nahrungsmittel vom Markt zu nehmen

Liquidierung der Klimapolitik der EU mit dem Emissionshandelssystem
Rücknahme der Kontrollen und einschränkenden Regeln für den Finanzsektor und
Einführung eines Verbotes gesetzlicher Beschränkungen des freien Kapitalverkehrs

Eingriffsmöglichkeiten in nicht handelsbezogene nationale Bereiche schaffen wie:
Gesundheitswesen, Arzneimittelpreise, Recht auf Privatsphäre im Internet,
Energie- und Wasserversorgung, Transportwesen, Flächennutzungs- und
Raumplanungsgesetzgebung, ärztliche Leistungen, Bildungsangebote,
Behandlung ausländischer Dienstleister und grenzüberschreitender
Dienstleistungen, „Angleichung“ sozialstaatlicher Regelungen

Fazit: unsere demokratische Gesellschaft und bürgerlichen Rechte sind in Gefahr!!!
Ein solches Abkommen außerhalb bestehender Gesetze darf es nicht geben, denn es werden für Europa keinerlei Vorteile dabei herauskommen, auch kein Handelsplus.